

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

Die Autorin ist externe Dozentin an der Ruhr-Universität Bochum und hat bei einer lokalen NGO in Bangkok gearbeitet

Vergessener Konflikt

Während des politischen Machtwechsels in Bangkok ist der Konflikt zwischen muslimischen Rebellen und thailändischen Sicherheitsbehörden in den Provinzen Yala, Patthani und Narathiwat innerhalb der vergangenen Monate sowohl in den politischen wie auch den medialen Hintergrund gerückt. Geplante Friedensgespräche zwischen einigen Rebellengruppen und thailändischen Behörden wurden Anfang 2014 auf Eis gelegt. Bis März

2014 sind laut Medienberichten circa 50 Menschen dem Konflikt zum Opfer gefallen, Anschläge mit Todesopfern hielten auch in den Folgemonaten an. Der muslimisch-buddhistische Konflikt ist jedoch nicht mit der Situation in Myanmar vergleichbar, da es sich bei den drei thailändischen Provinzen um eine 1909 von Siam annektierte Region handelt, die nun von einigen muslimischen Gruppen zurückgefordert wird, die Unabhängigkeit von Thailand

und Malaysia wollen. Zudem gab und gibt es, anders als in Myanmar, keine buddhistische Mobilisierung gegen die muslimische Bevölkerung. Zu Beginn des Ramadan kündigte General Prayuth Chanocha an, dass der Frieden im Süden höchste nationale Priorität erhalten und Friedensgespräche neu angekurbelt werden sollen.

NDTV 7.7.14

International Business Times 12.3.14

Junta schränkt Aktivismus ein

Seit der Machtübernahme des Militärs im Mai 2014 sehen sich viele nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen und politische AktivistInnen massiven Einschränkungen ausgesetzt. Das Militär schränkt die Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit ein, es gibt willkürliche Festnahmen. Seit der Verhängung des Kriegsrechtes wurden mehr als 100 PolitikerInnen unterschiedlicher Fraktionen, JournalistInnen und AktivistInnen festgenommen und mehr als 155

Personen vorgeladen. Zwangsläufig führt diese Politik aus Angst vor Repressalien zur Einschränkung vieler NGO-Aktivitäten und zur Verminderung politischer Meinungsäußerung. Laut iLaw, einer thailändischen NGO, die sich für den Schutz der Grundrechte einsetzt, ist die Situation nationaler NGOs schwieriger als die internationaler, da letztere international auf ihre Situation aufmerksam machen können. Amnesty International und Human Rights Watch sehen in der Machtaus-

übung der Junta eine Gefährdung der Grundrechte und fordern den Stopp willkürlicher Festnahmen sowie die Entlassung von AktivistInnen. Viele NGOs rechnen mit langfristigen Auswirkungen auf ihre Arbeit, sehen sie doch gerade jetzt verstärkten Handlungsbedarf. Die Junta sieht indes in Coup-Gegnern, JournalistInnen und RechtsaktivistInnen eine Gefahr für die Stabilität der öffentlichen Ordnung sowie ihrer politischen Kontrolle.

The Nation 7.7.14

Menschenrechtsverletzungen in Fischindustrie

Der *Guardian* deckte im Juni 2014 massive Menschenrechtsverletzungen in der thailändischen Fischindustrie auf, die neben Menschenhandel, Zwangsarbeit und unzulässiger Arbeitsstandards auch Misshandlungen und Tötungen umfassen. 90 Prozent der jährlich 4,2 Millionen Tonnen Fisch und Fischprodukte werden in die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und das Vereinigte Königreich exportiert. Neben Frischfisch fällt besonders das Fischmehl ins Gewicht,

das zur Fütterung von Masttieren verwendet wird und über diesem Wege anschließend ebenfalls in westlichen Supermärkten landet. Human Rights Watch spricht von systematischem Menschenhandel in dieser Industrie, besonders nichtregistrierte MigrantInnen aus Thailands Nachbarländern seien betroffen. Ohne diese Form der modernen Sklaverei hätte die Industrie massive Personal- und Preisprobleme, so ein Sprecher der Organisation. Behörden seien korrupt, es fehlten die

nötigen Mittel und das Mandat, um Fischerboote konsequent zu kontrollieren. Thailand wurde auf Grund der Enthüllungen vom US-Außenministerium auf seiner Menschenhandel-Scala auf Stufe Tier 3 heruntergestuft und steht nun auf einer Ebene mit Nordkorea und Iran. Handelssanktionen der Vereinigten Staaten gegenüber Thailand blieben bis jetzt jedoch aus.

The Guardian 10.6.14

The Nation 19.7.14